A7: Wollen wir es schnell erreichen, brauchen wir noch dich und dich – Außerparlamentarische Bündnisarbeit stärken

Einreichende: Clemens Elm, Georg Grünewald, Kai Knappik, Stefan Nagel

Unterstützende: Julia Aigner, Robby Aydin, Alli Zahn, Mara Luise Günzel, Gregor Clewing, Hendrik Frieling, Sascha Göttert, Franziska Kage, Maximilian Luck, Marthe Melde, Bosse Rosenow, Johannes Schmidt, Konrad Weiß

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen, dass die Basis des Stadtverbandes darüber entscheidet, mit welchen zivilgesellschaftlichen Akteuren sie zusammenarbeitet. Sollte es in diesen Kooperationen zu Differenzen mit den Grundsätzen unserer Partei kommen, soll der Stadtvorstand mit den betroffenen Basisgliederungen in den Austausch gehen und gemeinsam an einem Weg arbeiten, wie die Basismitglieder in dieser Kooperation transformativ wirken können.

Kooperationsverbote sind grundsätzlich Mittel, den Diskurs zu unterdrücken und zu beherrschen. Deswegen lehnen wir Kooperationsverbote prinzipiell ab.

Begründung:

Auf unserem letzten Bundesparteitag haben wir mit dem Leitantrag „Die Linke aufbauen, Hoffnung und Widerstand organisieren!“ unmissverständlich klargestellt, welche Rolle unsere Partei in der Gesellschaft einnehmen soll. Darin wird festgehalten, dass „[…] nur eine dauerhafte Verankerung unserer Ziele und Forderungen im realen Leben, in Betrieben und Stadtteilen, die Beteiligung unserer Mitglieder in allen Auseinandersetzungen auf der Seite der arbeitenden Klasse, […] die sozialen Verhältnisse verändern […]“[1] kann. Diese besondere Rolle der außerparlamentarischen Bündnisarbeit zur Organisation einer Gegenmacht von unten kann allerdings nur angemessen wahrgenommen werden, wenn unsere Partei sich als „zuverlässige Partnerin für die Menschen“[1] erweist.

Soziale Bewegungen und Bündnisse entstehen meist schnell und mit aktuellem Anlass. Ein ausgebrochener Krieg oder eine verbale Entgleisung eines Politikers sind politisierende Momente welche wir als organisierende Klassenpartei einfangen und organisieren sollten. Nur wer dieses politische Momentum von Anfang an auffängt und sich am politischen Kampf beteiligt erlangt langfristig Glaubwürdigkeit und ist überhaupt in der Lage auf eine soziale Bewegung einzuwirken. Wer sie dagegen spaltet verliert Glaubwürdigkeit und den Zugang zur Bewegung.

In Leipzig hat sich jedoch in letzter Zeit mehrmals gezeigt, dass wir dieser Rolle nicht gerecht werden konnten und das Mitwirken an wichtigen Kämpfen teils verpasst, erschwert oder sogar unterbunden wurde. Das mittlerweile durch die Landesschiedskommission für unrechtmäßig erklärte Kooperationsverbot mit der Gruppe „Handala Leipzig“, welches der Landesvorstand Mitgliedern und Zusammenschlüssen für die ganze Basis auferlegt hatte, ist dabei die schärfste Form einer autoritären und verfehlten Bündnisarbeit. Die Begründung wurde nur mündlich und damit intransparent erbracht.

Ein weiteres Beispiel dafür ist der Umgang mit dem Bündnis „Schulstreik gegen die

Wehrpflicht“. Hier wurde sich in der Vergangenheit gegen eine direkte Beteiligung und sogar für die Durchführung einer Parallelveranstaltung entschieden, welche folglich schlecht besucht und nur schwer öffentlich nachvollziehbar war. Der bereits angerichtete Schaden zeigte sich daraufhin auf Nachfolgedemonstrationen und uns wurde ein nachvollziehbares Misstrauen entgegengebracht.

Die Konfliktlinien verlaufen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht entlang der einzelnen Organisationen, sondern spiegeln meist die Konfliktlinien, die wir bereits aus unserer eigenen Partei kennen, wider. Dies umfasst selbstverständlich auch den Umgang mit Übergriffen gegen Genoss*innen, die auch in unserer Partei ungenügend aufgeklärt werden. Diese systematischen Probleme finden wir in jeder Organisation wieder. Aus diesen Gründen können wir nur mit Hilfe von transformativer Arbeit auf die betroffenen Gruppen einwirken und Kooperationsverbote verhindern diese Arbeit für die ganze Bewegung.

[1] ”Die Linke aufbauen, Hoffnung und Widerstand organisieren!” Leitantrag - Beschluss Bundesparteitag vom 21. Juni 2026, S. 3

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: